

# VerbraucherInnenbildung als Pflichtfach an Schulen

---

**Antragssteller: Arbeitskreis Umwelt und VerbraucherInnenschutz**

*Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen und an die Landeskongress der Jusos Niedersachsen weiterleiten:*

1. Wir fordern die Einführung der „VerbraucherInnenbildung“ als Pflichtfach bzw. alternativ eine verpflichtende Festschreibung der VerbraucherInnenbildung in den Kerncurriculae für die Fächer Sachkunde/ Politik in allen Schulformen und in allen Schulstufen.
2. Um die Entwicklung und Vergleichbarkeit der Unterrichtsqualität gewährleisten zu können, sind auf Initiative der KultusministerInnenkonferenz länderübergreifende Bildungsstandards für die VerbraucherInnenbildung zu entwickeln.
3. Lehrerinnen und Lehrer müssen in dieser Richtung verbindlich aus- und/ oder fortgebildet werden. Die Finanzierung dessen ist durch die bildungspolitischen Instanzen sicherzustellen.

## **Begründung:**

Die Anforderungen an Verbraucherinnen und Verbraucher sind in den letzten Jahren enorm gestiegen. Ihr Wissen muss heute ein komplexes System von verschiedenen Fachkompetenzen umfassen und bedarf einer geplanten, strukturierten und professionellen, kurzum einer schulischen Vermittlung. Eine Forsa-Umfrage des Ministeriums für Verbraucherschutz zeigt, „dass Schülerinnen und Schüler insbesondere beim Themenfeld Geld und Versicherungen einen deutlichen Nachholbedarf“ haben.

Komplex wird der VerbraucherInnenschutz durch ökonomisches Wissen, zum Beispiel im Bezug auf den eigenen Zahlungsverkehr, Kredite oder Altersvorsorge. Auch Medienkompetenz spielt in unserer heutigen Wissensgesellschaft eine immer größer werdende Rolle. Kenntnisse über Umwelt, Klima und die Verantwortung gegenüber nachkommenden Generationen sind unabdingbar.

Ein mangelndes oder fehlendes Wissen in puncto Konsum hat auch gesamtwirtschaftliche Folgen. So entstehen beispielsweise durch Fehlernährung und Übergewicht Gesundheitsstörungen, die das deutsche Gesundheitssystem mit jährlich über 70 Milliarden Euro belasten.

Im Bundesland Schleswig-Holstein gibt es bereits das Unterrichtsfach VB (Verbraucherbildung). Die Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) hat bereits Forderungen für ein eigenes Schulfach VerbraucherInnenbildung gestellt. Da es aber ohnehin bereits eine breite Fächervielfalt gibt, muss in diesem Zusammenhang auch geprüft werden, ob nicht eine Unterbringung der VerbraucherInnenbildung in den bereits vorhandenen und dafür geeigneten Fächern stattfinden kann. Eine Festschreibung in den Kerncurriculae schafft dafür eine Verbindlichkeit.